

Demokratische Standortbestimmung der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland

Kurzvortrag von Wolfgang Dudda für das „Thema des Monats“ der Piratenpartei Brandenburg im Mumble am 10.02.2012

Das Verhältnis des kritischen Bürgers zu seinem Staat wird maßgeblich beeinflusst von der Art und Weise, welche Erfahrungen er mit der Infrastruktur seines Staates macht. Das fängt im Kindergarten an, setzt sich in der Schule, in der Ausbildung oder im Studium fort, findet erste Konfrontationen bei der Steuererklärung und wird auf dem Weg dahin unvermeidlich auch von Begegnungen mit der Polizei begleitet. Dabei erlebt der Bürger keine Begegnung mit dem Staat so intensiv auf der rein emotionalen Ebene wie eben die mit der Polizei. Mit Befugnissen ausgestattet darf die Polizei den Bürger zu einem Handeln, Dulden oder Unterlassen auffordern. Das durfte bis dahin in dieser Vollständigkeit nur das eigene Elternhaus.

Und so wie der Mensch, je älter, kritischer und damit selbstbewusster er wird, die elterliche Dispositionsbefugnis hinterfragt und dann irgendwann auch nicht mehr akzeptiert, macht es der kritische Bürger auch, wenn ihm das polizeiliche Handeln in Ursache und Wirkung nicht gefällt. Da wird dann beispielsweise aus der Geschwindigkeitskontrolle dann schnell die „Wegelagerei per Radarfalle“. Wird bei dem kritischen Bürger jedoch zu Hause eingebrochen, begrüßt er die den Sachverhalt aufnehmenden Polizisten freundlich und unterstützt sie nach Kräften. Auf einer Demonstration, die möglicherweise auch Gewaltpotenzial hat, empfindet der Demonstrationsteilnehmer die nach seiner Auffassung martialisch ausgerüsteten und auftretenden Polizisten als bedrohlich und manchmal auch als den erhobenen Zeigefinger des Staates. Bei all dem geht es mithin eigentlich nur um Emotionen, um Fremdbilder und um das Reduzieren der eigenen Rolle im Gesamtkontext auf menschliche Bedürfnisse wie Sicherheit und Ordnung im persönlichen Lebensbereich.

Wahrgenommen wird die Polizei also zumeist als das Organ des Staates, das dessen Regeln durchzusetzen hat. Dass die Polizei durch ihr Auftreten gerade im präventiven Bereich dafür sorgt, dass das direkte Miteinander der Bürger funktioniert, ist ein Aspekt, der regelmäßig im medialen Getöse untergeht. Dabei ist gerade diese Tätigkeit – in Stunden und Arbeitsaufwand betrachtet – der eigentliche polizeiliche Schwerpunkt. Jeder von uns verhält sich in Sichtweite eines Streifenwagens im Straßenverkehr korrekter, als wenn er sich unbeobachtet glaubt. In und um Fußballstadien herum wie überhaupt bei Großveranstaltungen verhalten sich potentielle Störer im polizeilichen Blickfeld im Regelfall dezenter. Von meinen Kolleginnen und Kollegen weiß ich, dass sie diese Art von Arbeit am liebsten ausführen. Da sein und eingreifen können, wenn dies nötig ist, gehört zum tiefen polizeilichen Selbstverständnis. Unter Polizisten gilt es immer noch als ehrenhaft und erstrebenswert, das Bild des Schutzmans zu erfüllen.

Diese beiden Standpunkte – den des kritischen Bürgers und den des Polizisten – habe ich bewusst meinem Kurzvortrag vorangestellt. Diese beiden Standpunkte an sich würden kaum zu Konfrontationen oder Vorurteilen führen, wäre da nicht eine dritte Komponente: die Politik.

Durch vom mündigen bzw. kritischen Bürger nicht akzeptable politische Entscheidungen wird dessen Protest hervorgerufen. Dieser Protest mündet mehr und mehr in Demonstrationen und Kundgebungen, die naturgemäß in der Öffentlichkeit stattfinden. Und wo viele Menschen aufeinander treffen, ergibt sich eben das, was im polizeilichen Sprachgebrauch als „Gefahr“ bezeichnet wird. Die Abwehr von Störungen und Gefahren – so steht es in jedem Polizeigesetz, einerlei ob bei der Bundespolizei oder den Länderpolizeien – ist die zentrale Aufgabe der Polizei. Die Begleitung einer Demonstration im polizeilichen Großverband hat also ihren Ursprung in diesem gesetzlichen Auftrag.

Dass immer mehr Bürger mit immer mehr politischen Entscheidungen unzufrieden sind und deshalb auf der Straße dagegen protestieren, führt aus polizeilicher Sicht also zu einem vermehrten Auftreten von Gefahren. Gleichzeitig führt dies natürlich auch zu mehr Einsätzen – vor allem am Wochenende, das Polizisten übrigens genau so gerne mit der Familie oder Freunden verbringen wie wir – und damit zu einer mittlerweile nicht mehr tolerablen Anzahl von Überstunden. Ein Bereitschaftspolizist schiebt nach unseren Erkenntnissen durchschnittlich mehr als 1.200 Überstunden vor sich her, die er in einem überschaubaren Zeitraum nicht abbummeln kann. Für das Auszahlen dieser Stunden ist nur sehr, sehr selten Geld da. Diese Lage hat dazu geführt, dass die Gewerkschaft der Polizei die Politik mehrfach bereits aufgefordert hat, ihre Schularbeiten so zu machen, dass nicht die Polizei als Nachhilfelehrer missbraucht wird.

Dies ist gewerkschaftlich vor allem vor dem Hintergrund geschehen, dass in den letzten Jahren massiv Stellen bei der Polizei abgebaut worden sind, während die Aufgaben und Einsätze unverhältnismäßig zugenommen haben. Die Tendenz des Staates, beim Personal einzusparen und diese Einsparungen durch Gesetze zu kompensieren, deren Einhaltung nicht mehr überwacht werden kann, ist verheerend. Sie erzeugt Frust. Beim Bürger wie beim Polizisten.

Wenn der Staat sich dann auch noch aus anderen Verantwortungen stiehlt, indem er beispielsweise seine Polizisten schlecht ausrüstet, versorgt und bezahlt, riskiert er damit, dass der polizeiliche Frust irgendwann gegen irgendjemanden ventiliert. Die schlimmen Beispiele davon können wir uns ausführlich bei YouTube anschauen. An dieser Stelle flechte ich ein Beispiel aus dem Einsatz im Jahr 2007 in Heiligendamm während des G8-Gipfels ein, wo ich dem Betreuerteam der GdP angehört habe.

Da wurden mehrere Bundespolizisten zur Bewachung des Rostocker Flughafens, auf dem der US-Präsident Bush landen sollte, eingesetzt. Sie standen dort tagelang ungeschützt in der Sonne in ihren etwa 30 Kilogramm schweren Einsatzanzügen bei Temperaturen von um die 30 Grad. Ihre Verpflegung wurde ihnen in Plastikbeuteln überbracht und enthielt naturgemäß schimmliges Brot und lauwarme Getränke. Unmittelbar nach Eintreffen aller Staatsgäste war rundum um den

eigentlichen Tagungsort Not am Mann. Die am Flughafen eingesetzten Kräfte wurden schnell dorthin verlegt und fanden sich dort in der ersten Reihe des Kordons wieder, der den äußeren Kreis schützen sollte. Dort trafen diese ausgehungerten, dehydrierten Kollegen auf die Clowns der Rebel Army, die wirklich gekonnt provozierten. Als dort die Lage geklärt war, wurden diese Polizisten dann – nach nunmehr 11 Stunden pausenlosem Einsatz – per Hubschrauber an einen Ort verlegt, an dem es gewalttätig zuging. Trotzdem sind die Kolleginnen und Kollegen so besonnen wie möglich vorgegangen. Als ich dann mit ihnen nachts um zwei Uhr zusammen saß bei einer Flasche Bier, habe ich mehr als einmal gehört, dass man sich nach einem anderen Job umschauen würde.

Die bei dem Einsatz festgenommenen Störer wurden in – wie heute gerichtlich feststeht – zu kleinen und menschenunwürdigen Gefangenensammelstellen untergebracht und dort von Polizeianwärtern im zweiten Ausbildungsjahr „betreut“.

Insgesamt waren in Heiligendamm ca. 38.000 Polizisten eine Woche lang im Einsatz. Nur, um Politiker zu schützen, die ihre Arbeit so schlecht machen, dass sie berechtigte Angst vor dem Volk haben müssen. Das ist übrigens auch der Mehrheit der eingesetzten Polizisten klar.

Um die Quadratur des Sicherheitskreises zu durchbrechen, dass man mit immer weniger Polizei immer mehr Sicherheit für den Bürger herstellen kann, bedient sich die Politik zunehmend des Instruments der Neuorganisation. Dabei werden häufig genug gewachsene, vernünftige Strukturen, die auch kriminalgeographischen Aspekten genügen, von Laien zerschlagen, die nur und ausschließlich dem Primat knapper Kassen gehorchen. Ein Schutzmann vor Ort kostetet eben mehr als eine Doppelstreife, die im Streifenwagen in langsamer Fahrt durch das Viertel fährt. Der Schutzmann vor Ort weiß jedoch mehr aus seinem Viertel, als die Streifenwagenbesatzung je erfahren wird.

Und wo das Geld so knapp ist, setzt die Politik an dieser Stelle noch einen drauf. Den Zoll stattet sie personell wie von den Befugnissen so jämmerlich aus, dass er seine vornehmste Aufgabe nicht wahrnehmen kann. Der Zoll soll einen sicheren Staat durch sichere Einnahmen gewährleisten. Das kann er ohne polizeiliche Befugnisse, die ihm der Bundesfinanzminister in Absprache mit dem Bundesinnenminister bewusst vorenthält, nicht leisten. Nach den Zahlen der IPSOS-Studie, bei der an 40 Stellen des dualen Systems leere Zigarettenenschachteln auf ihre Herkunft hin untersucht werden, ist im Großraum Berlin jede 2. und im Ruhrgebiet jede 3. Zigarette unversteuert. Ein Fünftel aller Zigaretten sind in Deutschland laut Deutschem Zigarettenverband geschmuggelt. Herr Schäuble setzt dazu im ganzen Land etwa 10.000 Kräfte ein (3.300 Zollfahnder und ca. 6.500 Streifenbeamte). Zum Vergleich: NRW hat insgesamt 14.000 Polizisten am Start. Der Steuerschaden wird auf mindestens 3 Milliarden Euro geschätzt. Von den Folgeerscheinungen im Zusammenhang mit der Geldwäsche, die das nach sich zieht, ganz zu schweigen. Gleichzeitig fehlt der Bundespolizei regelmäßig im Spätherbst das Geld, um die eigenen Einsatzfahrzeuge zu betanken.

In diesem Sinne muss man die Polizistinnen und Polizisten schon als wahre Künstler in Sachen Selbstmotivation betrachten. Sie selbst würden lieber heute als morgen wieder das tun dürfen, was man früher unter dem Slogan „Polizei – Dein Freund und Helfer“ zusammenfasste. Die Politik lässt sie dies jedoch nicht tun.

Ich hoffe, dass es mir gelungen ist, einiges zur Auflösung von Feindbildern mit diesem Kurzvortrag beizutragen.

Danke für Eure Aufmerksamkeit!